



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/12 - 15.1.1953

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039890

Zu den Verhaftungen in Düsseldorf	S. 1
Gewerkschaftskonflikt in England	S. 3
Monnet und das Montan-Parlament	S. 4

Unüberhörbare Warnung

(sp) Es wäre gewiß unangebracht, die auf Anweisung des britischen Hohen Kommissars in Düsseldorf erfolgte Verhaftung von sechs ehemals führenden NSDAP - Leute zu dramatisieren. Das deutsche Volk in seiner Überwiegenden Mehrheit, das haben alle Nachkriegswahlen bewiesen, ist nicht anfällig für die Wiederbelebung des NS-Gedankenguts. Dennoch wäre es abwegig und der Wirklichkeit nicht gerecht, die Wirksamkeit mehr oder weniger getarnter politischer Gruppen zu verkennen, die glauben, daß sie wieder dort anknüpfen können, wo sie 1945 aufhören mußten. Die hoffentlich bald erfolgende Verhandlung gegen die sechs verhafteten ehemaligen NSDAP-Leute mag zu aufschlußreichen Ergebnissen führen. Daß sie sich, wie es in der Begründung heißt, mit Plänen zur Wiederergreifung der Macht in Westdeutschland befaßten, Zellen in der ganzen britischen Zone und Verbindungen zum Ausland unterhielten, ist in keiner Hinsicht überraschend; das liegt in der Natur ihrer Verschwörertätigkeit. Es war auch nicht anzunehmen, daß die verbotene SRP ihre Hände in den Schoß legen werde.

In der Unterhöhlung und kalten Inbesitznahme von bestehenden Parteien durch die ehemaligen NSDAP-Leute liegt die große Gefahr für die deutsche Demokratie und das deutsche Volk. Da die gegenwärtige Bundesregierung ihre Hauptaufgabe in der Bekämpfung der Sozialdemokratie erblickt, ist sie zwangsläufig auf die Schonung aller rechtsradikaler Gruppen angewiesen. Ein Verbot der

SRP würde wahrscheinlich heute nicht mehr erfolgen. In vielen Teilen der Bundesrepublik kann sich die gegenwärtige Regierungskoalition nur noch behaupten, wenn sie personelle und ideelle Konzessionen an die Träger des deutschen Rechtsradikalismus macht. Das Bestreben, im neu-gewählten Bundestag wieder an die Macht zu kommen, läßt alle Rücksichtnahme auf die Demokratie fallen. Viele Wahlversammlungen der DP und der FDP unterscheiden sich kaum noch von denen der NS-Versammlungen vor 1933: Dieselbe Mischung von Furcht- und Haßkomplexen, Appelle an Ressentiments, an deutsche Größe und deutsche Mission, an blutleeren Antibolschewismus. Bescheiden treten die Farben der Bundesrepublik bei Seeborn- und Hellwege-Kundgebungen - übrigens auch beim Emsar Parteitag der FDP - in den Hintergrund, auf diese Weise symbolhaft das lose Verhältnis andeutend, das Bundesminister zu Geist und Grundgesetz dieser Republik haben.

Die Entwicklung der Bundesrepublik zum autoritären Staat hin bildet den Nährboden, auf dem die Sumpflüthe des hitlerischen Ungeistes wieder gedeihen kann. Die Weigerung des Bundeskanzlers, in Sachen der Westverträge sich der Entscheidung der höchsten Verfassungs-Instanz zu beugen, kommt einer Mißachtung einer tragenden Institution der Bundesrepublik gleich. Wer so seinen Respekt vor der Demokratie und ihren Einrichtungen bekundet, macht sich gewollt oder ungewollt zum heimlichen Bundesgenossen jener, die in der Demokratie ihren Todfeind erblicken. Die Schwäche der Weimarer Republik brachte Hitler zur Macht. Genau so verderblich wie Schwäche ist aber der Hang zur Autokratie, der die gleichen im Volke schlummernden Kräfte erwecken muß.

Nicht in der Verschwörer-tätigkeit einzelner Gruppen, wohl aber in der mangelnden Entschlossenheit der Regierungsparteien, die Demokratie zu schützen und zu entwickeln, und in ihrer Anfälligkeit vor dem Rechtsradikalismus, liegt die große Gefahrenquelle für die Zukunft unseres Volkes. Wer mit dem Teufel paktiert, wird in der Regel sein Gefangener. Das beweist zur Genüge das Schicksal der deutschen bürgerlichen Parteien nach 1933.

+ + +

Ein Glückwunsch, der Zwiespalt brachte

B.C.-London

Wegen einer verhältnismäßigen Lappalie ist plötzlich in den sonst so fest geschlossenen Reihen der all-britischen Gewerkschaftsbewegung (T.U.C.= Trades Union Congress) ein erbitterter Zwist ausgebrochen, der vor allem in der Führung der verschiedenen Verbände scharfe persönliche Formen anzunehmen droht. Ohne seine Kollegen im Großen Gewerkschaftsrat zu befragen, schickte Tom O'Brien, diesjähriger Präsident des T.U.C., allseitig beliebter Generalsekretär des Verbandes der Theater- und Kinoangestellten und Labourabgeordnete für Nordwest-Nottingham, Churchill kurz nach dessen Abreise ein Radiotelegramm auf die "Queen Mary", in dem es u.a. hieß: "Auf Ihrer tapferen Mission begleitet Sie der gute Wille der Arbeiter Großbritanniens und des ganzen Commonwealth". Churchill übergab das Telegramm des Spitzenvertreters der britischen Gewerkschaften sofort den mit ihm an Bord befindlichen Pressevertretern, und schon am folgenden Tage brachte es die gesamte konservative Presse mit Behagen und in großer Aufmachung.

Reportern gegenüber erklärte O'Brien, "nur Kommunisten" würden gegen das Telegramm protestieren. Der erste Protest jedoch kam bereits am selben Tage von R. Willis, einem Mitglied des Großen Gewerkschaftsrates (T.U.C. General Council) und Generalsekretär der Drucker. Willis erklärte, der Präsident hätte kein Recht gehabt, politisch wichtige und möglicherweise strittige Erklärungen dieser Art ohne Rücksprache mit dem Großrat zu machen. Besonders ungehörig aber sei gewesen, von vornherein Kritik seiner Handlung damit abzubiegen, etwaige Protestierende als "Kommunisten" anzuschwärzen.

Die Proteste ziehen immer weitere Kreise. Die sozialistische Zeitung "Reynolds News" wies darauf hin, daß die britische Arbeiterbewegung sich mit Churchills Mission nach der USA keineswegs solidarisch erklären könne, politisch nicht, weil ja noch niemand wissen könnte, was der alte Herr in Amerika auszuhecken gedenke, und vor allem wirtschaftlich auch nicht, weil Churchill in seinem krassen Unverständnis wirtschaftlicher und finanzieller Zusammenhänge geneigt

sei, sich "Lösungen" von den internationalen Bankiers einflüsteren zu lassen, Lösungen, die natürlich darauf hinaus laufen, Wirtschaftsfragen durch das Herabdrücken des Lebensstandards der arbeitenden Massen zu "erledigen". Das Blatt erinnert daran, daß 1925 Churchill als Schatzkanzler den Goldstandard des Pfundes wieder einführte und damit die Millionena-rbeitslosigkeit verursachte, die Großbritannien dann bis 1940 nicht loswerden konnte.

In der langen Geschichte der britischen Gewerkschaften hat es bisher noch nie einen derartigen Fall eines Konfliktes des Präsidenten mit zumindest einem Teil der Bewegung gegeben, der er vorsteht. Es läßt sich daher schwer voraussagen, was nun geschehen wird. Eine Möglichkeit wäre eine Entschuldigung O'Briens vor dem Großrat, die dieser natürlich annehmen würde. Absetzen könnte den Präsidenten nur ein eigens zu diesem Zwecke zusammenberufener außerordentlicher Kongreß. Der Großrat könnte allerdings dem Präsidenten "nahelegen", von seinem Amt zurückzutreten.

Eins steht fest: Der "Fall O'Brien" muß bald auf die eine oder andere Weise beigelegt werden, wenn nicht die gerade jetzt schwer um die Lebenshaltung des Volkes ringende Gewerkschaftsbewegung ernstlichen Schaden erleiden soll.

+ + +

Straßburger Elegie

(sp) Die Beratungen in den verschiedenen Europa-Gremien finden nun, nach der 2. Sitzungsperiode der Montan-Versammlung in der Beratenden Versammlung des Europarates und im Ministerrat der Montan-Union in Luxemburg ihren Fortgang. Der Gedanke der engeren Zusammenarbeit der europäischen Staaten über die Formen zwei- und mehrseitiger vertraglicher Bindungen hinaus, wird eifrig praktiziert. Die Zweifel, ob angesichts der gewählten Ausgangsposition daraus einmal ein wirklich geschlossenes Europa entstehen kann, bleiben unverändert bestehen. Die deutsche Sozialdemokratie hat, wie man weiß, den Vertrag über die Montan-Union abgelehnt, weil er nach ihrer Ansicht eine entscheidende Benachteiligung Deutschlands für ein halbes Jahrhundert enthält. Ihre aktive Beteiligung an seinen Einrichtungen entspringt dem Wunsch, dem möglichst erfolgreich entgegenzuwirken. Das Ergebnis der Wahlen zu den verschiedenen Ausschüssen ist von ihrem Standpunkt aus günstig.

Ein markantes Kennzeichen des letzten Tagungsabschnittes war das gewiß nicht neue, sehr nachdrückliche Bestreben des Präsidenten der Hohen Behörde, Monnet, die starke Überlegenheit dieser mit großen Vollmachten ausgestatteten "Regierung" der Montan-Union gegenüber dem Montan-Parlament besonders deutlich zu machen. Ein Widerspruch liegt in der Haltung Monnets insofern, als er auf der einen Seite gegen die Zulassung von Beobachtern aus nicht zur Montan-Union gehörenden Ländern Einwände erhebt, andererseits nicht müde wird, die angeblich so starke Anziehungskraft der Union auf außenstehende Mächte, wie die USA, England und Schweden, zu unterstreichen. In Wirklichkeit ist keiner der drei genannten Staaten bereit, gegenüber der Montan-Union irgendwelche nennenswerten Verpflichtungen zu übernehmen. Für die Einstellung Monnets war eine Stelle in seiner Schlußansprache bezeichnend, in der er den Kritikern seines Berichtes recht bräsk "nationalistische Gesichtspunkte" vorwarf und hinzufügte, die Hohe Behörde habe starke supranationale Befugnisse erhalten, um fruchtlose Diskussionen zu verhindern. Er gab klar zu verstehen, daß er die Absicht habe, diese Machtbefugnisse voll auszuschöpfen.

Eine Einzelheit: Schon jetzt steht fest, daß der französische Schrott einseitig außerhalb des gemeinsamen Marktes bleiben wird. Der französische Schrottmarkt sei so empfindlich, daß seine schnelle Auflösung katastrophale Folgen für die französische Wirtschaft haben würde, erklärte der französische Vertreter in seiner Antwort auf einige bestandene Feststellungen des deutschen Abgeordneten Dr. Schöne (SPD). Hier ist es wohl angebracht, daran zu erinnern, daß die Auflösung der deutschen Verkaufsorganisation für Kohle ohne Rücksicht auf deutsche Interessen, aber durchaus unter einseitiger Begünstigung der deutschen Partner in der Montan-Union, beschlossen worden ist.

Davon abgesehen wird es allgemein eine Hauptaufgabe der an den Arbeiten der Montan-Union beteiligten Deutschen sein, möglichst wirksam gegen die ungünstigen Auslegungen der schweren, zusätzlichen Belastungen anzukämpfen, die Deutschland von vornherein bei der Bildung der Montan-Union auferlegt werden sind. Sie müssen zu verhindern trachten, daß aus dieser Union eine einseitig begünstigte Inanspruchnahme der deutschen Wirtschaftskraft durch andere Vertragspartner hergeleitet wird. So weit das überhaupt möglich ist.

Verantwortlich: Peter Rannau